

Unverkäufliche Leseprobe



Horst Teltschik
Russisches Roulette
Vom Kalten Krieg zum Kalten Frieden

2019. 233 S., mit 15 Abbildungen
ISBN 978-3-406-73229-4

Weitere Informationen finden Sie hier:
<https://www.chbeck.de/26938016>

© Verlag C.H.Beck oHG, München

Horst Teltschik

RUSSISCHES ROULETTE

**Vom Kalten Krieg zum
Kalten Frieden**

C.H.Beck

Mit 13 Abbildungen

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2019
Gesetzt aus der Stempel Garamond LT Std
Druck und Bindung: Pustet, Regensburg
Umschlaggestaltung: Geviert, Grafik und Typografie,
Andrea Hollerieth
Umschlagabbildung: Iskander Rakete,
Waffenschau in Kubinka, Juni 2015
© Reuters / Sergei Karkukhin / picture alliance
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)
Printed in Germany
ISBN 978 3 406 73229 4

www.chbeck.de

Inhalt

Einleitung 7

«Die Welt so sehen, wie sie ist»:
Die Lehren des Kalten Krieges 17

«Das Eis ist gebrochen»:
Die Chancen von 1989/90 42

Der Mantel der Geschichte:
Ein historischer Moment wird nicht genutzt 63

Verpasste Chancen, enttäuschte Liebe:
Die Entfremdung in der Ära Jelzin 88

«Wir haben noch nicht gelernt, einander zu vertrauen»:
Der frühe Putin und der Westen 124

Die Spirale des Misstrauens:
Auf dem Weg in die Konfrontation 159

Was tun? 205

Bildnachweis 234

Einleitung

Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde die Welt nicht plötzlich friedlich. Auch in den 1990er Jahren gab es zahlreiche gewaltsame Konflikte. Es genügt, an den Irak, Jugoslawien, Somalia oder Ruanda zu erinnern. Doch ein großer Krieg zwischen Atommächten war nach dem Fall des «Eisernen Vorhangs» so gut wie unmöglich geworden. Man gewöhnte sich daran, nicht mehr, wie noch in den 1980er Jahren, im Schatten eines großen Konfliktes zu leben. Der Frieden erschien zunehmend als Selbstverständlichkeit, und nicht wenige haben heute offenbar vergessen, dass er es nicht ist.

Am 7. April 2018 berichtete die Hilfsorganisation «Weißhelme», die syrische Armee habe in Ost-Ghouta Giftgas eingesetzt. Ob es sich wirklich so verhielt, ist bis heute ungeklärt. Ein Zwischenbericht der Kontrollorganisation für Chemiewaffen, der OPCW, vom Juli 2018 schloss den Einsatz von Nervengift aus, lieferte aber Indizien für die Verwendung von Chlorgas. Trotz der völlig ungeklärten Faktenlage drängte US-Präsident Donald Trump sofort auf einen umfassenden Militärschlag gegen das Assad-Regime und das, obwohl Russland als dessen Verbündeter gedroht hatte, alle auf Syrien abgefeuerten Raketen abzuschießen und im Gegenzug die Basen anzugreifen, von denen sie gestartet würden. In der Konsequenz hätte das bedeutet, dass amerikanische Schiffe im Mittelmeer ins Visier russischer Marschflugkörper geraten wären – mit völlig unberechenbaren Folgen für den Weltfrieden. Donald Trump schien das nicht weiter zu bekümmern. Er kündigte Moskau die Raketen sogar per Twitter an: «Mach dich

8 Einleitung

bereit, Russland, denn sie werden kommen, schön und neu und <smart>.» Sein eigenes Militär hat ihm in letzter Minute den großen Enthauptungsschlag ausgedreht. Heraus kam am 14. April eine Art Alibiangriff auf angeblich mit dem syrischen Chemiewaffenprogramm in Zusammenhang stehende Orte, der nur sehr geringen Schaden anrichtete und vermutlich mit Moskau abgestimmt war. Dennoch, die Welt war in diesen Tagen so nahe an einer Katastrophe, wie seit den frühen 1980er Jahren nicht mehr.

Etwas mehr als ein halbes Jahr später kam es an der Straße von Kertsch, der Meerenge zwischen dem Schwarzen und dem Asowschen Meer, zu einem ernststen Zwischenfall. Drei Schiffe der ukrainischen Marine, die in Richtung Asowsches Meer unterwegs waren, wurden von der russischen Marine aufgebracht. Daraufhin verhängte das Parlament der Ukraine das Kriegsrecht und Präsident Poroschenko verkündete, er halte einen Krieg der beiden Länder für möglich. Der ukrainische Botschafter in Berlin forderte sogar ernsthaft die Entsendung der deutschen Marine zur Krim, um dort zu «deeskalieren».

Es ist noch gar nicht so lange her, da sahen sich Russland und die NATO als Partner. Ungetrübt war das Verhältnis auch in den 1990er Jahren nicht, aber es existierte doch ein gegenseitiges Grundvertrauen, und es kam auf vielen Ebenen, auch im sicherheitspolitischen Bereich, zu erfolgreicher Zusammenarbeit. Inzwischen muss man konstatieren, dass die Feindbilder zurückgekehrt sind. In Russland sehen viele «den Westen» als rücksichtslosen Konkurrenten, der das eigene Land gedemütigt hat und seine Einflusszone immer weiter an die russischen Grenzen schieben will. Präsident Putin zieht einen gehörigen Teil seiner Popularität daraus, dass er «dem Westen» Paroli bietet. Aber umgekehrt steht auch bei uns das Feindbild Russland wieder in voller Blüte. Positive Nachrichten aus Moskau sucht man derzeit vergebens, auch dann, wenn es einmal Anlass dazu gäbe. Stattdessen herrscht geradezu eine

Obsession mit «Putin», der auch in der deutschen Berichterstattung zunehmend zu einer Art omnipotentem Bösewicht wird. Er scheint seine Finger in nahezu jeder üblen Machenschaft der Weltpolitik zu haben, und es gibt keine Schandtat, die man ihm nicht zutraut.

Die verzerrte Wahrnehmung des Kontrahenten auf beiden Seiten ist nicht ungefährlich, denn sie verkleinert die diplomatischen Spielräume, steht einem Interessenausgleich im Wege und macht die rasche Eskalation von Konflikten wahrscheinlicher. Die eigene Interpretation der westlichen Politik war sicher einer der Gründe für Russlands aggressive Haltung in der Ukrainekrise und die schnelle Annexion der Krim. Man vergleiche aber auch die Reaktion westlicher Politiker in den Fällen Skripal und Khashoggi. Den verantwortungslosen Nowitschok-Anschlag auf den ehemaligen Doppelagenten Sergej Skripal beantworteten die westlichen Regierungen umgehend mit einer Ausweisung russischer Diplomaten, begleitet von einer scharfen Rhetorik – und das bereits lange bevor die Beweise vorlagen, mit denen die Urheberschaft des russischen Militärgeheimdienstes inzwischen nachgewiesen wurde. Auf den bestialischen Mord an dem Dissidenten Jamal Khashoggi im saudischen Konsulat in Istanbul reagierte der Westen dagegen sehr viel abwartender. Die diplomatischen Rücksichtnahmen, die beim Verbündeten Saudi-Arabien greifen, sind bei Russland völlig ausgeschaltet. Das ist eine gefährliche Entwicklung.

«Je näher uns jemand ist, desto schwerer fällt es, ihn zu hassen», schrieb der Journalist Bastian Berbner kürzlich in der «Zeit», und er zitierte eine Anekdote George Orwells aus dem Spanischen Bürgerkrieg: «Ein Mann, wahrscheinlich ein Bote mit einer Nachricht, sprang aus dem Schützengraben und rannte in bester Sicht auf dem Wall entlang. Er war nur halb bekleidet und hielt mit beiden Händen seine Hose fest. Ich habe nicht auf ihn geschossen. Ich war gekommen, um Fa-

schisten zu töten, aber ein Mann, der seine Hose festhält, ist kein Faschist, er ist offenkundig ein Mensch, wie du selbst.» Feindbilder leben davon, dass wir unsere Gegner nicht wirklich kennen. Je weniger wir über sie wissen, desto leichter fällt es, unser Mitgefühl auszuschalten. Nur eine Minderheit der Soldaten, so zeigen Studien, feuerte in den Weltkriegen gezielt auf andere Menschen. Es braucht einiges, damit ein Mensch den Willen zum Töten entwickelt. Deswegen legt die Kriegspropaganda so großen Wert darauf, den Gegner zu entmenschlichen, ihn als das schlechthin «Böse» darzustellen und ihn zum unversöhnlichen Feind zu stilisieren.

Je weniger Kontakte es zu denjenigen gibt, die nicht unserer Meinung sind, desto leichter werden sie in unserem Kopf zu Gegnern, auf die wir nicht mit Empathie reagieren, sondern mit Wut und Aggression. Mit einem Gegner wollen wir nicht reden, wir wollen auch seinen Standpunkt nicht verstehen, sondern wir wollen ihn bekämpfen oder zum Nachgeben zwingen. Umgekehrt zeigt die psychologische Forschung, dass Vorurteile und Hass schwinden, wenn Menschen ihr Gegenüber erst einmal näher kennenlernen. Es ist im Grunde eine Binsenweisheit: Miteinander reden hilft.

Was für einzelne Menschen und ihre Konflikte gilt, das gilt auch zwischen Staatsführern und auf der Ebene der internationalen Politik. Wenn ich etwas gelernt habe in den vielen Jahren, die ich politisch tätig war, darunter knapp zwei Jahrzehnte als außenpolitischer Berater von Bundeskanzler Helmut Kohl in einer der gefährlichsten Phasen des Kalten Krieges, dann ist es dieses: Es braucht den persönlichen Draht der Spitzenpolitiker zueinander. Ohne Treffen und Gespräche entsteht kein Vertrauen, und ohne Vertrauen können aus Gegnern keine Partner werden. Es war das persönliche Vertrauensverhältnis zwischen Michail Gorbatschow, George Bush dem Älteren und Helmut Kohl, durch das die Überwindung des Kalten Krieges überhaupt erst möglich wurde. Und damit

so ein Vertrauensverhältnis entstehen kann, muss man auch zuhören können und die Interessen seines Gegenübers zunächst einmal zur Kenntnis nehmen. Doch passiert das gegenwärtig noch im Verhältnis zu Russland?

Auch wenn etwa die Bundesregierung sich in den letzten Jahren sehr darum bemüht hat, den Gesprächsfaden nach Moskau nicht abreißen zu lassen, so gibt es in der internationalen Politik heute doch einen Trend dahin, mit dem Gegner nicht mehr zu reden. Der Ausschluss von der internationalen Kommunikation wird als Strafe für Fehlverhalten genutzt und die Wiederaufnahme von Kontakten nicht selten an Vorbedingungen geknüpft. So gibt es viele, die es als eine Art Verrat an westlichen Werten empfinden, wenn jemand mit Assad oder dem Regime in Teheran reden möchte. Auch wer sich mit Wladimir Putin trifft, muss zumindest mit Misstrauen rechnen, so als könnte ein Gespräch mit ihm den Dialogpartner kontaminieren. Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, dass er über die jetzige Amtszeit hinaus Präsident Russlands bleiben wird. Entsprechende Überlegungen zu einer Verfassungsänderung sind im Kreml und in der Duma längst in Gange. Putin wird auf absehbare Zeit der Ansprechpartner im Kreml sein.

In der Ukrainekrise und vorher schon infolge des Georgienkrieges von 2008 wurden als Reaktion Dialogforen wie der NATO-Russland-Rat ausgesetzt. Doch wie sinnvoll ist es, mit seinen Gegnern in einer Krise nicht mehr zu reden? «Mit wem wollen Sie sonst reden, um politische Konflikte zu lösen? Mit Ihren Freunden?», wurde Bastian Berbner von einem Psychologieprofessor der New Yorker Columbia-University gefragt, der dort ein «Difficult Conversations Lab» betreibt. «Außerdem, älteste Regel: Am Ende gewinnt, wer seinen Gegner kennt. Dafür musst du mit ihm reden.» Oder, etwas salopper formuliert: Im Zweifel muss man sich auch mit dem Teufel treffen, wenn man ein Ergebnis haben will.

Die NATO und Russland befinden sich gegenwärtig in einer

12 Einleitung

Eskalationsspirale, die nicht selten an Sandkastenspiele trotziger Kinder erinnert: Bewirfst du mich mit Sand, dann werfe ich zurück. Truppen werden an die Grenze verlegt, die Militärs führen Manöver durch, die jeweils klar gegen den anderen gerichtet sind, es wird aufgerüstet, und täglich steigt das Risiko, dass bei einem Patrouillenflug, einem Manöver oder eben in Syrien oder der Ukraine etwas schiefgeht. Wohin soll das führen? Dringend nötig wären neue Gespräche über Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie vertrauensbildende Maßnahmen auf militärischem Gebiet. Tatsächlich geschieht das Gegenteil, und Instrumente, die wie die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) die kollektive Sicherheit in Europa stärken könnten, werden kaum genutzt.

Viele der Verträge, mit denen am Ende des Kalten Krieges die Abrüstung in Gang kam und mit denen eine gewisse Transparenz geschaffen wurde, sind nicht mehr in Kraft. Die Regierung von US-Präsident George W. Bush kündigte 2001 den ABM-Vertrag zu Raketenabwehrsystemen, Russland setzte 2007 den KSE-Vertrag zur Kontrolle konventioneller Streitkräfte in Europa aus. Und im Herbst 2018 verkündete US-Präsident Donald Trump, aus dem INF-Vertrag austreten zu wollen, der den USA und Russland den Besitz landgestützter nuklearer Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper verbietet und vor allem für Europa von Bedeutung ist.

Russland wirft den USA vor, durch die Einrichtung von Raketenabwehrbasen in Polen und Rumänien den INF-Vertrag zu verletzen, da diese auch zum Abschuss von nuklearen Marschflugkörpern geeignet seien. Auch seien die neuen Angriffsdrohnen der US-Streitkräfte in ihren Fähigkeiten Mittelstreckenraketen vergleichbar. Die USA wiederum werfen Russland vor, falsche Angaben über die Reichweite neu entwickelter Raketen zu machen und in Wahrheit bereits neue Mittelstreckenraketen in Dienst gestellt zu haben. Am 4. Dezember 2018 erklärten die NATO-Außenminister, Russland habe

mit der Entwicklung und Stationierung des Raketensystems 9M729 den INF-Vertrag gebrochen. Noch am gleichen Tag kündigte US-Außenminister Mike Pompeo an, den Vertrag in 60 Tagen auszusetzen. Die Antwort von Präsident Putin blieb nicht aus. Die russischen Systeme würden die zulässige Reichweite nicht übersteigen. Die USA wollten den INF-Vertrag kündigen, um neue Waffensysteme zu entwickeln. «Wir werden das Gleiche tun», konterte er. Wie auch immer sich das tatsächlich verhalten mag: Wenn Verdachtsmomente gegenüber Russland «seit Jahren» vorliegen, wie NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg behauptete und unter anderem auf den NATO-Russland-Rat als Dialogforum hinwies, dann stellt sich die Frage, warum solche Gespräche zwischen Russland und den USA dort nicht schon viel früher aufgenommen wurden und nicht erst Ende Januar 2019 gewissermaßen in letzter Minute und dann auch nur auf der Ebene von Botschaftern, die keinerlei Entscheidungsbefugnis haben. Am 1. Februar 2019 jedenfalls kündigten die USA den INF-Vertrag. Sollte bis dahin keine der Initiativen zu seiner Rettung erfolgreich sein, wird er ein halbes Jahr später auslaufen.

Was in den aufgeheizten Debatten um die gegenseitigen Vorwürfe gerne übersehen wird, ist, dass an diesen Verträgen auch zahlreiche Überwachungsmissionen und Kontrollmaßnahmen hingen, die bei allen Differenzen ein gewisses Grundvertrauen erhalten konnten. Wer über das Militärpotential seines Gegenübers einigermaßen Bescheid weiß, ist weniger anfällig für wilde Spekulationen. Inzwischen befinden wir uns jedoch auf einem Weg, der Russland für die USA und die USA für Russland militärisch wieder zunehmend zu einer «black box» werden lässt – mit allen Folgen, die das für ins Kraut schießende Verdächtigungen und Überreaktionen auf beiden Seiten hat. Wir sind dabei, russisch Roulette zu spielen, und es könnte sein, dass die Patronenkammer irgendwann einmal nicht leer ist.

14 Einleitung

Wie konnte es so weit kommen? Es lohnt, daran zu erinnern, dass wir schon einmal weiter waren. Nach dem Ende des Kalten Krieges sprach man vom Gemeinsamen Haus Europa, die im Rahmen der KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) beschlossene Charta von Paris sollte eine europäische Friedensordnung schaffen, und noch in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag 2001 bekannte sich Putin zur Partnerschaft mit dem Westen. Welche Chancen boten sich 1989/90, um eine dauerhafte Friedensordnung in Europa zu errichten! Es war ein historischer Moment, wie er sich in der Geschichte nur selten einmal bietet. Er blieb ungenutzt, und ich frage mich manchmal, ob gerade uns Deutschen die Bedeutung jener revolutionären Umwälzungen in der UdSSR, in Europa und weltweit eigentlich jemals so richtig bewusst geworden ist.

Schon im Dezember 1994 warnte der russische Präsident Boris Jelzin auf einem KSZE-Gipfel in Budapest, Russland werde es nicht tolerieren, von der neuen Sicherheitsordnung in Europa ausgeschlossen zu werden. Hintergrund waren damals die Differenzen zwischen Russland und dem Westen wegen der Krise in Bosnien und insbesondere die amerikanische Unterstützung für den NATO-Beitritt Polens, Ungarns und Tschechiens. Europa habe sich noch nicht von dem Erbe des Kalten Krieges befreit und laufe Gefahr, in einen «kalten Frieden» zurückzufallen, sagte Jelzin damals. Heute ist dieser Zustand definitiv erreicht, und es geht eher darum, eine weitere Eskalation zu vermeiden.

Wie soll man mit Russland umgehen? In unseren Debatten gewinnt zunehmend eine Richtung an Gewicht, die das Land als neo-imperialistische Macht wahrnimmt, die danach strebt, den alten sowjetischen Einflussbereich wieder herzustellen. Verbreitet ist die Vorstellung, Moskau warte nur auf eine günstige Gelegenheit, um die baltischen Staaten anzugreifen und sich die ehemaligen Sowjetrepubliken wieder einzuverlei-

ben. Auch in Polen sorgt man sich vor einem russischen Überfall, als ob Moskau nicht wüsste, dass er ein Angriff auf die NATO schlechthin wäre. Und mehr noch: Weil Russland mit dem Westen nicht mithalten könne, strebe es danach, ihn zu zerstören, so sieht es der amerikanische Historiker Timothy Snyder und verortet die Wurzeln für den weltweiten Aufstieg des Rechtspopulismus in Putins Russland. Wer mit der russischen Führung rede oder ihre Interessen ernst nehme, der fördere bewusst oder unbewusst nur ihre Versuche, den Westen zu spalten. Alle Wege führen nach Moskau, wieder einmal.

Wenn diese Sichtweise stimmen würde, dann gäbe es in der Tat nur eine mögliche Politik: Gegenüber zur Expansion entschlossenen Aggressoren hilft keine Nachgiebigkeit, sondern nur Stärke. Gerne wird in diesem Zusammenhang auch die Erfahrung der gescheiterten Appeasement-Politik gegenüber Hitler in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre bemüht. Die Nachgiebigkeit des Westens führte damals nicht zum Abbau der Spannungen, sondern befeuerte nur den Expansionstrieb des nationalsozialistischen Deutschlands.

Doch stimmt diese Analogie? Was wenn Moskaus Interessen im Kern defensiv sind, wenn es der russischen Führung tatsächlich darum geht, sich gegenüber einer wahrgenommenen Expansion des Westens zu behaupten und russische Interessen zu wahren? Dann würde eine Konfrontationsstrategie die Ängste und Vorannahmen nur bestätigen und in eine vermeidbare Eskalationsspirale führen. Eine auf Interessenausgleich und Rüstungskontrolle setzende Politik hätte in diesem Fall sehr viel bessere Aussichten.

Die Frage, wie die Chancen von 1989/90 verspielt wurden, ist daher alles andere als trivial. Es handelt sich auch nicht um ein rein historisches Problem. Denn je nachdem wie man die Geschichte der Beziehungen zwischen dem Westen und Russland in den letzten knapp drei Jahrzehnten erzählt, ergeben sich ganz andere Schlussfolgerungen für die aktuelle Politik.

Nach meiner Erfahrung auf dem internationalen Parkett gibt es in der Außenpolitik in der Regel weder Schwarz noch Weiß. Vielmehr dominieren verschiedene Schattierungen von Grautönen. Es wäre sicherlich falsch, Russland nur als unschuldiges Opfer des Westens zu sehen. Beide Seiten hätten mehr tun können. Der Westen hatte keine Strategie, zeigte zu wenig Initiative und nahm Russland irgendwann als Machtfaktor nicht mehr wirklich ernst. Die russische Seite wiederum hätte mehr Mut aufbringen müssen, auf den Westen zuzugehen. Doch genauso falsch wäre es zu behaupten, der Westen habe Russland Angebot um Angebot gemacht, aber Moskau habe an einer Partnerschaft schlicht kein Interesse gehabt. Denn eines ist meines Erachtens klar: Die russische Politik reagierte auch auf die Handlungen des Westens, und die NATO-Staaten hätten sehr viel mehr Grund zur Selbstkritik, als sie im Moment zugestehen wollen.

Man sollte Russlands Aggression der letzten Jahre weder gutheißen noch verteidigen, doch die gegenwärtige Konfrontationspolitik der NATO müsste dringend durch Kompromissbereitschaft und Verhandlungsangebote ergänzt werden, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, vom kalten Frieden in einen heißen Konflikt zu schlittern. Wir brauchen Dialog statt Eskalation. Und aus welcher Epoche ließe sich besser lernen, wie ein festgefahrener Konflikt aufzulösen ist, als aus der Zeit der Systemkonfrontation? Der Kalte Krieg wurde am Ende überwunden. Es lohnt, sich heute die Lehren zu vergegenwärtigen, die dieser historische Erfolg bereithält.

«Die Welt so sehen, wie sie ist»: Die Lehren des Kalten Krieges

Wer am Ende des Kalten Krieges geboren wurde, ist inzwischen um die 30 Jahre alt. Ein erheblicher Teil der heutigen Bevölkerung verfügt über keine bewusste Erinnerung an die Zeit der Systemkonfrontation, als die nukleare Vernichtung der Menschheit eine reale Möglichkeit war. Und für viele der heute politisch Handelnden oder medial prägenden Figuren ist die damalige Zeit eine ferne Vergangenheit, an die man sich nur noch verschwommen erinnert. Doch alle, die leichtfertig von einer Rückkehr des Kalten Krieges oder einem «neuen Kalten Krieg» sprechen, sollten sich bewusst machen, wie gefährlich die damalige weltpolitische Lage trotz des Gleichgewichts des Schreckens war. Wir sollten alles daransetzen, dass der Ost-West-Konflikt nicht zurückkehrt und dass wir die Sicherheitssysteme bewahren oder wieder in Kraft setzen, die zu seiner Überwindung geschaffen wurden.

Dass der Kalte Krieg friedlich beendet werden konnte, lag neben den ökonomischen Problemen der Sowjetunion vor allem an der Strategie der NATO, die seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre eine Politik der Stärke konsequent mit Angeboten zur Entspannung verband. Der Entspannungspolitik lag zuallererst die Einsicht zugrunde, dass ein Ausgleich nur dann möglich ist, wenn man die Interessen seines Gegenübers erst einmal zur Kenntnis nimmt und respektiert, ganz egal, ob man sie für berechtigt hält oder nicht. Ideologische Gräben werden nicht überwunden, indem man dem Gegner erklärt, dass er sich im Irrtum befindet, sondern indem man abgesehen

von allen Differenzen Felder sucht, auf denen man trotz allem kooperieren kann. So wird Vertrauen geschaffen, das Spannungen abbaut und eine Basis für langfristige Veränderungen bietet. «Wandel durch Annäherung» hat Egon Bahr diese Strategie genannt.

Nun wird niemand der NATO vorwerfen, dass sie im Kalten Krieg eine Politik der Schwäche verfolgt hat. Während heute eindeutige Haltungen verlangt werden und in klaren Alternativen gedacht wird, war man sich damals aber bewusst, dass militärische Stärke und Dialog einander nicht ausschließen, sondern sich sogar gegenseitig verstärken können. Dieses Nebeneinander war für den Erfolg der Entspannungspolitik von großer Bedeutung. Die Hand blieb immer ausgestreckt.

Und noch etwas war entscheidend: eine gewisse Hartnäckigkeit im Bemühen um Ausgleich trotz Provokationen der Gegenseite. Denn die Entspannungspolitik des Kalten Krieges ist keine geradlinige Erfolgsgeschichte. Es gab viele Rückschläge und manches sieht im Rückblick eindeutiger und selbstverständlicher aus, als es damals war. Doch nach jeder empörenden Aktion der Sowjetunion hat man wieder an den Verhandlungstisch zurückgefunden, blieb das Bemühen um Abrüstung und Interessenausgleich bestehen. Das sollte doch auch heute möglich sein, denn bei aller Kritik an Putins Russland wird man schwerlich behaupten können, die sowjetischen Provokationen wären damals so viel harmloser gewesen.

Vorausgegangen waren der Entspannungspolitik dramatische Krisen, die Europa und die Welt an den Rand eines neuen Weltkrieges und vor allem eines nuklearen Krieges geführt hatten. Hoffen wir, dass es heute nicht wieder derartiger hochgefährlicher Krisen bedarf, bis ihre Notwendigkeit wieder breiter gesehen wird.

Die Vorgeschichte der Entspannungspolitik

Im November 1958 kündigte der sowjetische Generalsekretär Nikita Chruschtschow in einer Note an die drei Westmächte den Viermächtestatus für Berlin und Gesamtdeutschland auf. Ultimativ forderte er die Umwandlung West-Berlins in eine sogenannte Freie Stadt, den Abzug der alliierten Truppen und die Kontrolle über die Zugangswege. Es drohte eine Wiederholung der Berlinblockade, wie sie die Stadt bereits 1948/49 erlebt und nur durch die immense Hilfe der amerikanischen und britischen Luftwaffe überstanden hatte.

Zwei Monate später forderte die Sowjetunion einen Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland. Die NATO müsse aufgelöst und durch ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem ersetzt werden. Wieder zwei Monate später, im März 1959, folgte die nächste Drohung: Wenn die sowjetischen Forderungen nicht innerhalb von sechs Monaten erfüllt würden, werde Moskau einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abschließen und ihr die staatliche Souveränität und damit auch die alleinige Kontrolle über die Zugangswege nach Berlin übertragen. Gleichzeitig drohte Chruschtschow mit Krieg. Das Ultimatum sollte folgenlos verstreichen. Doch Chruschtschow erneuerte es, als er im Juni 1961 mit dem neuen US-Präsidenten John F. Kennedy in Wien zusammentraf.

Am 13. August begann die DDR, in Berlin eine Mauer zu errichten. Die Spannungen erreichten einen neuen Höhepunkt, als sich am 27. Oktober 1961 sowjetische und amerikanische Panzer am Checkpoint Charlie gefechtsbereit gegenüberstanden. Auch die Bundeswehr war im Winter 1961/62 kriegsbereit. Es gab Ausgangsverbot für die Soldaten. Die Panzerverbände waren aufgetankt und aufmunitioniert und die Unterziehräume besichtigt. Amerikanische Kampfflugzeuge wurden nach Europa verlegt.

Doch damit hatte die Eskalation des Ost-West-Konfliktes

noch kein Ende gefunden. Im Herbst 1962 begann die Sowjetunion, Raketenbasen auf Kuba zu errichten, nachdem Washington zuvor Mittelstreckenraketen des Typs Jupiter in der Türkei stationiert hatte. Die USA verhängten eine Quarantäne über Kuba. Die Kubakrise brachte beide Weltmächte an den Rand eines Atomkrieges. Doch Chruschtschow lenkte ein, nachdem die USA in geheimer Absprache zugesagt hatten, nach einem Abbau der sowjetischen Basen auf Kuba ihrerseits die Raketen aus der Türkei abzuziehen.

An die Dramatik dieser Ereignisse und die Höhepunkte des Kalten Krieges in den Jahren 1958 bis 1962 zu erinnern, ist wichtig. Denn sie zeigen, wohin wir zurückfallen können, wenn sich die heutige Eskalationsspirale ungehindert weiterdreht und wir nicht aktiv gegensteuern. Niemals wieder sollte die Welt so nah an der atomaren Vernichtung vorbeischrämen wie in der Kubakrise. Doch wie hat man damals aus der Konfrontation herausgefunden? Wie hat der Westen, wie haben allen voran die USA, die NATO und die Europäer auf diese Bedrohungen reagiert? Welche Politik verfolgte die Bundesregierung?

Am 10. Juni 1963, ein gutes halbes Jahr nach der gefährlichsten Krise des Kalten Krieges, hielt Präsident John F. Kennedy auf der Abschlussfeier der American University seine eindrucksvolle «Friedensrede». Er wolle «nicht nur von Frieden für Amerikaner, sondern von Frieden für alle Männer und Frauen» und «für alle Zeiten» sprechen. Im Zeitalter von Atomwaffen sei ein totaler Krieg sinnlos. Er sprach die Sowjetunion direkt an und erinnerte daran, dass in der Kriegsgeschichte noch nie eine Nation dermaßen viel Leid ertragen musste wie dieses Land im Laufe des Zweiten Weltkrieges. Mindestens 27 Millionen Menschen kamen ums Leben. Unzählige Wohnhäuser und Bauernhöfe wurden niedergebrannt oder geplündert. Ein Drittel des Staatsgebiets und fast zwei Drittel der industriellen Basis blieben verwüstet zurück.

Nach Kennedy hätten deshalb beide Staaten sowie ihre jeweiligen Alliierten ein tiefes, auf Gegenseitigkeit beruhendes Interesse daran, dass ein gerechter und ehrlicher Frieden herrsche und dem Wettrüsten Einhalt geboten werde. Es gehe nicht darum, Schuldzuweisungen vorzunehmen oder jemanden zu verurteilen. «Wir müssen die Welt so nehmen, wie sie ist ... und uns um Entspannung bemühen, ohne in unserer Wachsamkeit nachzulassen.» Notwendig dafür sei ein «höheres Maß an Kontakt und Kommunikation». Kennedys Worte sind heute so aktuell wie 1963. Eine Kopie dieser Rede würde man gerne den heute verantwortlichen Politikern in die Hand drücken. Der sowjetische Generalsekretär Nikita Chruschtschow bezeichnete Kennedys Vortrag als «größte Rede eines amerikanischen Präsidenten seit Roosevelt». Sie wurde in den sowjetischen Medien ungekürzt und unzensiert veröffentlicht.

Und Kennedys Initiative trug auch konkrete Früchte: Im Juli begannen in Moskau Verhandlungen über ein umfassendes Verbot von Atomtests. Bereits am 5. August unterzeichneten die Vertreter der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens das sogenannte Begrenzte Teststoppabkommen, den Verzicht auf atomare Versuche in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser. Der Verzicht auf unterirdische Atomversuche blieb allerdings weiterhin ausgeklammert. Am 22. November 1963 wurde Kennedy in Dallas, Texas, ermordet. Doch seine Strategie des Friedens sollte fortwirken.

Im März 1966 übermittelte Bundeskanzler Ludwig Erhard in einer Note an alle Warschauer-Pakt-Staaten «Deutsche Vorschläge für eine konstruktive Friedenspolitik». Er schlug den Austausch förmlicher Gewaltverzichtserklärungen vor und Verhandlungen über Abrüstung und Entspannung. Die Schwäche seines Angebots lag darin, dass die DDR immer noch ausgeklammert blieb, da Bonn sich weigerte, sie anzuerkennen. Dennoch war es ein wichtiger Versuch, die Bundesrepublik in die westliche Debatte über Entspannungspolitik mit

dem Osten mit eigenen Positionen einzubringen und die Beziehungen zu den Warschauer-Pakt-Staaten mitzugestalten. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützte die Bemühungen Erhards um Rüstungsbeschränkungen und Sicherheit in Europa. Und auch die beiden Bundeskanzler, die Ludwig Erhard im Amt folgten, Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt, sollten sich auf seine Friedensnote von 1966 berufen.

Im Juni 1966 reiste der französische Präsident Charles de Gaulle nach Moskau. Ohne Abstimmung mit der Bundesregierung schlug er ein Verhandlungspaket vor, das die Wiedervereinigung Deutschlands im Rahmen eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems und den Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa vorsah. Den Schlusspunkt im Jahr 1966 setzte der amerikanische Präsident Lyndon B. Johnson mit seiner bekannten «Brückenbau»-Rede vom Oktober, in der er für die Überwindung der Gräben zwischen West und Ost eintrat.

Angesichts dieser Vielzahl an unkoordinierten Vorstößen war es überfällig, die Positionen innerhalb des Westens stärker abzustimmen. Die Initiative ergriff der belgische Außenminister Pierre Harmel aus Sorge um Zusammenhalt und Stabilität der NATO. Im Dezember 1967 beschloss die Atlantische Allianz nach einjährigen Beratungen in vier Arbeitsgruppen den sogenannten Harmel-Bericht. Es wurde die wichtige Übereinstimmung erzielt, dass die NATO auf «zwei Säulen» ruhe: auf militärischer Sicherheit und Entspannung. So hieß es in dem Bericht wörtlich: «Militärische Sicherheit und eine Politik der Entspannung stellen keinen Widerspruch, sondern eine gegenseitige Ergänzung dar ... Der Weg zu Frieden und Stabilität in Europa beruht vor allem auf dem konstruktiven Einsatz der Allianz im Interesse der Entspannung.» Als Schwerpunkte der künftigen Arbeit wurden vereinbart: Verbesserung der Ost-West-Beziehungen; das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen und europäische Sicherheit; Abrüstung und Rüs-

tungskontrolle sowie Sicherheitsprobleme im Mittelmeerraum. Diese Politik sollte in den folgenden Jahren auch zur Leitlinie der deutschen Außenpolitik werden.

Doch bereits im August 1968 folgte ein schwerer Rückschlag, als die Sowjetunion den «Prager Frühling» mit Panzern buchstäblich niederwalzte und die «Breschnew-Doktrin» auf blutigem Wege durchsetzte. Mit ihr hatte sich die sowjetische Führung das Recht zur militärischen Intervention in den Staaten des Warschauer Paktes vorbehalten, in denen das kommunistische System gefährdet war. Leitbild des Prager Frühlings war ein «Sozialismus mit menschlichem Antlitz» gewesen. Auch die DDR-Führung hatte sich entschlossen, an der Grenze zur Tschechoslowakei Truppen der Nationalen Volksarmee (NVA) zur Unterstützung der sowjetischen Intervention bereitzustellen.

Es war Willy Brandt, Außenminister in der Koalitionsregierung von CDU/CSU und SPD unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, der dennoch als erster westlicher Politiker im Frühjahr 1969 erneut den Vorschlag einer Europäischen Sicherheitskonferenz (ESK) aufgriff, den bereits Generalsekretär Chruschtschow Anfang der 1960er Jahre in die Diskussion eingeführt hatte. Brandt wollte diese Idee nicht der östlichen Seite überlassen. Im Oktober 1969 zum Bundeskanzler gewählt, wurde die Entspannungspolitik, die «Ostpolitik», zum Markenzeichen seiner Amtszeit.

In Zusammenarbeit mit seinem engsten Berater Egon Bahr, Bundesminister für besondere Aufgaben, folgten im August 1970 bilaterale Verträge mit der UdSSR, im Dezember 1970 mit Warschau, im Dezember 1972 mit der DDR (Grundlagenvertrag) und im Dezember 1973 mit Prag. Im September 1971 war das Viermächteabkommen über Berlin unterzeichnet worden. Es kam zu mehreren persönlichen Gesprächen zwischen Bundeskanzler Willy Brandt und Generalsekretär Leonid Breschnew in Moskau und Bonn sowie, besonders spekta-

kulär, zur Begegnung im September 1971 in Oreanda auf der Krim. Sie endete mit einer gemeinsamen Bootsfahrt auf dem Schwarzen Meer. 1973 begannen die multilateralen Gespräche im Rahmen der KSZE, begleitet von Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen, insbesondere zu Mutual and Balanced Force Reductions (MBFR) und zu SALT II (Strategic Arms Limitation Talks), nachdem im Mai 1972 der SALT-I-Vertrag unterzeichnet worden war, dessen wichtigster Bestandteil der ABM-Vertrag zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen war.

Die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte in Helsinki im August 1975, mit der sich die teilnehmenden Staaten unter anderem auf die friedliche Lösung von Konflikten und die Achtung der Menschenrechte verpflichteten, galt als Höhepunkt der Entspannungspolitik. Sie führte in West wie Ost zu Erwartungen, die mit der Lebenswirklichkeit vor allem in den Warschauer-Pakt-Staaten oft sehr rasch in Widerspruch gerieten. Unter Berufung auf die KSZE-Vereinbarung haben Gruppen wie Einzelne in Osteuropa versucht, demokratische Rechte einzufordern. Sie scheiterten in der Regel, wurden verfolgt oder eingesperrt. Doch viele gaben nicht auf. Besonders eindrucksvoll dafür war das Schicksal des tschechischen Literaten und Regimekritikers Václav Havel, Gründer der Charta 77. Er saß fünf Jahre im Gefängnis, danach wurde er einer der Initiatoren der «samtenen Revolution» von 1989 und der erste demokratisch gewählte Präsident der Tschechoslowakei nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft.

Die Bewährungsprobe des Westens

Die Entspannungspolitik sollte nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte sehr bald in einen neuen Höhepunkt des Kalten Krieges einmünden. Trotz aller neu geschlossenen Ab-

kommen und Verträge hatte der damalige Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breschnew, begonnen, neue nukleare Mittelstreckenraketen (SS-20) entwickeln und stationieren zu lassen. Sie waren von ihrer Reichweite nicht gegen die USA gerichtet, sondern zielten ausgerechnet auf Europa, auf die Staaten und Regierungen, die wie Deutschland unter den Bundeskanzlern Willy Brandt, Helmut Schmidt und Helmut Kohl die Hauptakteure der Entspannungspolitik waren.

Schon 1977 hatte Bundeskanzler Helmut Schmidt als Erster in seiner Rede im International Institute for Strategic Studies (IISS) in London auf die Gefahr hingewiesen, dass durch die sowjetische Aufrüstung mit nuklearen Mittelstreckenraketen Europa von der amerikanischen Sicherheit abgekoppelt werde. Seine Rede führte im Dezember 1979 zum Doppelbeschluss der NATO. Mit ihm kündigte die NATO an, ihrerseits in Europa neue nukleare Mittelstreckenraketen (Pershing II) und Marschflugkörper als Gegengewicht zu den sowjetischen nuklearen Mittelstreckenraketen aufzustellen. Gleichzeitig bot sie jedoch der Sowjetunion Verhandlungen über eine beiderseitige Null-Lösung für alle Nuklearsysteme mit einer Reichweite zwischen 1000 und 5500 Kilometer Reichweite an. Alternativ sollten diese Systeme auf beiden Seiten auf eine vereinbarte Zahl reduziert werden. Die Politik der Stärke und der Aufrüstung wurde also konsequent durch Verhandlungsangebote und Kompromissvorschläge flankiert – eine Kombination, die man heute vergeblich sucht, die sich aber letztlich als erfolgreich erweisen sollte.

Trotz mehrerer Kompromissvorschläge scheiterten die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf zunächst. Im November 1982 war der in den letzten Jahren von Krankheit deutlich gezeichnete Generalsekretär Breschnew gestorben. Ihm folgte zwei Tage später trotz seines ebenfalls schlechten Gesundheitszustandes Juri Andropow, Chef des KGB seit 1967. Einem persönlichen Mitarbeiter zufolge sei Andropow

im Herbst 1983 gesundheitlich nicht mehr in der Lage gewesen, die amerikanischen Kompromissvorschläge in den Genfer Abrüstungsverhandlungen im Politbüro zu diskutieren. Im letzten halben Jahr seines Lebens hatte er keine ausländischen Gesprächspartner mehr empfangen.

Im Februar 1984 starb Andropow. Ihm folgte der 72-jährige Konstantin Tschernenko. Auch seine Amtszeit war von schwerer Krankheit geprägt. Ein Jahr später war auch er verstorben. Seit Ende der siebziger Jahre, als sich im Kalten Krieg ein neuer Höhepunkt der Konfrontation anbahnte, wurde die Sowjetunion von drei kranken bis schwerkranken Generalsekretären geführt.

Im Dezember 1984 war auch der sowjetische Verteidigungsminister Dmitri Ustinow gestorben. Er hatte im Juni 1983 im Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher in Moskau auf die Frage, über wie viele SS-20-Raketen denn die Sowjetunion verfüge, mit listigem Gesicht nur geantwortet: «Viele». Die satte Genugtuung war ihm buchstäblich anzusehen, dass er mit einem Waffensystem prahlen konnte, vor dem sich vor allem die Europäer fürchteten.

Dennoch hatte das Politbüro noch vor der Wiederwahl von Präsident Ronald Reagan im November 1984 beschlossen, die Genfer Verhandlungen mit den USA wiederaufzunehmen. Außenminister Andrej Gromyko war nach Washington gereist, um eine entsprechende Vereinbarung mit seinem amerikanischen Kollegen George Shultz zu treffen. Diese Entscheidung der sowjetischen Führung kam damals überraschend. Die Beziehungen zwischen Ost und West hatten sich Anfang der 1980er Jahre dramatisch verschlechtert. Nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan 1979 boykottierte der Westen 1980 die Olympischen Sommerspiele in Moskau und die UdSSR 1984 die Olympischen Spiele in Los Angeles. Präsident Reagan attackierte bei seinen öffentlichen Auftritten

schonungslos die Sowjetunion. In seiner bekannten Rede vom 8. März 1983 hatte er die UdSSR als «Reich des Bösen» («evil empire») bezeichnet. Dissidentengruppen in den Warschauer-Pakt-Staaten nahmen diese öffentliche und schonungslose Kritik mit viel Zustimmung auf: Endlich wage es ein führender westlicher Politiker, den wahren Charakter der Sowjetunion öffentlich anzusprechen, so lautete in dieser Zeit der Kommentar der Gruppe Charta 77 bei einem Gespräch in Prag.

Diese deutliche Reaktion war für viele im Westen beschämend, die in Reagan nur den Kalten Krieger zu erkennen glaubten. Und das vor allem deswegen, weil der amerikanische Präsident am 23. März 1983 völlig überraschend und im Alleingang seine «Strategische Verteidigungsinitiative» (SDI = Strategic Defense Initiative) angekündigt hatte. Der ungarisch-amerikanische Physiker und Vater der Wasserstoffbombe, Edward Teller, war der Erfinder und stärkste Befürworter von SDI. Er hatte Reagan von seinem Projekt überzeugt.

Die Abfolge dieser Ereignisse zerstörte die Illusionen und Hoffnungen vieler Menschen auf Frieden und Entspannung in Europa, die sie nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte und der Ostverträge gehegt hatten. Der Doppelbeschluss der NATO wurde zum Ankerpunkt einer breiten Protestbewegung gegen nukleare Aufrüstung, vor allem in Deutschland. Vielfältige Bürgerinitiativen aus fast allen Schichten der Bevölkerung bis in die Kirchen hinein formierten sich zu einer diffusen «Friedensbewegung», die sich interessanterweise nicht gegen die sowjetische Aufrüstung mit nuklearen Mittelstreckenraketen richtete, sondern ausschließlich gegen den Doppelbeschluss der NATO. Sie wollten nicht wahrhaben, dass dieser NATO-Beschluss das Ziel hatte, die sowjetische Führung zu veranlassen, ihre nuklearen Mittelstreckenraketen wieder zu vernichten. Das sollte die Voraussetzung dafür sein, dass keine amerikanischen nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa stationiert würden.

Die Protestbewegung weitete sich zu mehreren Massendemonstrationen von einigen hunderttausend Teilnehmern aus. Im Oktober 1981 hatten sich 350000 Demonstranten im Bonner Hofgarten versammelt; einen Monat später 400000 in Amsterdam und im Juni 1982 ca. 500000 auf den Bonner Rheinwiesen. Großdemonstrationen gab es in New York, Den Haag, Lissabon, Kopenhagen, Wien und anderen Städten. Hinzu kamen Sitzblockaden an geplanten Raketenstandorten wie Mutlangen und Menschenketten.

Große Teile der SPD, angefangen bei Erhard Eppler, über Oskar Lafontaine und Heinrich Albertz bis zum Vorsitzenden, Willy Brandt, und der Gewerkschaften unterstützten die Demonstrationen. Auch Mitglieder der FDP schlossen sich der Kritik an. Einer der Wortführer war interessanterweise William Borm, der – wie später bekannt wurde – einige Jahre Informant des DDR-Staatssicherheitsdienstes gewesen war.

Die politisch einseitige Zielrichtung der Demonstranten ausschließlich gegen Regierungen der NATO-Staaten und die organisatorische Leistungskraft der «Friedensbewegung» legten die Vermutung nahe, dass östliche Geheimdienste mit im Spiel waren. Das sollte sich nach dem Ende der DDR bestätigen.

Bundeskanzler Helmut Schmidt verlor zusehends den Rückhalt in seiner Partei und Bundestagsfraktion. Auch Außenminister Hans-Dietrich Genscher musste 1981 in seiner Partei die Vertrauensfrage stellen. Die Mehrheit der FDP unterstützte jedoch seine Entscheidung, am Doppelbeschluss der NATO festzuhalten. Doch im September 1982 kam es zum endgültigen Bruch der SPD/FDP-Regierung. Am 1. Oktober wurde Helmut Kohl im Rahmen eines Misstrauensvotums zum neuen Bundeskanzler einer CDU/CSU/FDP-Koalitionsregierung gewählt.

In seiner ersten Regierungserklärung erläuterte er seine außen- und sicherheitspolitische Strategie. Priorität hatten die



Eine Partnerschaft über 19 Jahre: 1972 bis 1991

engen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika und eine starke NATO sowie die freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich und die Integration der Europäischen Gemeinschaft (EG). Auf der Grundlage dieser beiden stabilen Fundamente war er entschlossen, die Entspannungspolitik mit der Sowjetunion und allen Warschauer-Pakt-Staaten auf der Grundlage der KSZE-Schlussakte sowie der Ostverträge von Willy Brandt weiterzuentwickeln. Er ließ keinen Zweifel daran, dass er am Doppelbeschluss der NATO trotz aller Vorbehalte, die er selbst im Präsidium seiner Partei antraf, festhalten werde.

[...]

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de